Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einſpaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unſerer Inſertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkiſchen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterſtützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erſcheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 1.65 Mk., durch die Poſt bezogen vierteljährlich 3 00 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zuſtellung der Zeitung gehindert ſind, hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes.

Nr. 261 — Freitag, den 7. November 1919 — 47. Jahrgang

Preuß. Landesverſammlung.

(Sitzung vom 6. November.)

Die zweite Beratung des Entwurfes der Erweiterung der Selbſtändigkeitsrechte der Provinzialverbände wird fortgeſetzt. — Abg. Dr. Hoetz (Deutſchnatl.): Aus nationalen Gründen lehnen wir die Vorlage ab. Sie iſt der Anfang vom Ende des preußiſchen Staates. — Unterſtaatsſekretär Freund: Im Ausſchuß haben die Deutſchnationalen eine andere Stellung zu dieſer Frage eingenommen als jetzt. Es wäre ein ſchwerer Fehler, in dieſer Zeit die landsmannſchaftlichen Eigenarten der Provinzen nicht mehr zu berückſichtigen als bisher. Es handelt ſich um die Sicherſtellung des Staates nach oben und unten. — Abg. Dr. Leidig (Deutſche Volksp.): Die Mehrheitsparteien verſuchen mit allerlei kleinen Mittelchen über die Schwere der Situation hinwegzukommen. Die Bedeutung der Vorlage wird von manchem in dieſem Hauſe offenbar noch nicht erkannt. Wir ſind der Freund der Selbſtverwaltung, aber ihr Ausbau findet die Grenze darin, daß das Staatsgebilde nicht gelockert werden darf. Wir ſind bereit, die Beſchlüſſe des Ausſchuſſes anzunehmen. Darüber hinaus werden wir nicht gehen. Insbeſondere verwerfen wir die Verwaltungsbeiträge, das wäre das Ende der Einheit der Staatsverwaltung. — Abg. Hennig (Unabh. Soz.): Dieſes Geſetz wird keine Ruhe in den Provinzen ſchaffen. Wir lehnen es ab. Wir wollen ein einheitliches Preußen, aber Selbſtverwaltung auf demokratiſcher ſozialiſtiſcher Grundlage, vor allem auch in den Gemeinden. — Abg. Prelle (Deutſch-Hannov.): Die Regierung will mit dieſem Geſetz Abtrennungsbeſtrebungen von Preußen vorbeugen. Bei dem hannoverſchen Volke wird ſie ihr Ziel nicht erreichen. Wir fordern Selbſtändigkeit im Rahmen des Deutſchen Reiches ohne preußiſche Bevormundung. — Unterſtaatsſekr. Freund: Gegenüber dem Vorredner erinnere ich an Männer wie Bennigſen, die von ſeinen Gedankengängen zweifellos weit abgerückt wären. — Abg. Dr. Regenborn (Deutſchnatl.): Der Zentrumsantrag Beyer, der die Beiräte wieder einführen will, iſt für uns unannehmbar. Die Regierung krankt an einem Uebermaß von Elaſtizität, mit Feſtigkeit wird ſie mehr erreichen.

Der Zentrumsantrag auf Wiederherſtellung der Regierungsvorlage dahin, daß die Provinzialverwaltung für die Zulaſſung einer anderen Amtsſprache neben der deutſchen in gemiſchtſprachlichen Landesteilen zuſtändig ſein ſoll, wird angenommen, ebenſo der Antrag auf Wiedereinführung der Beiräte mit der Maßgabe, daß ſie in grundſätzlichen Fragen begutachtlich zu hören ſind. Im übrigen bleibt es bei den Beſchlüſſen des Ausſchuſſes.

Die Vorlage betr. die Amtsdauer der Mitglieder der Handelskammern wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Geſetzentwurfes über die Kommunaliſierung der Charlottenburger Waſſerwerke. — Berichterſtatter Dr. Tewes (Z.): Die Vorlage ermächtigt den Miniſters des Innern, das Eigentumsrecht an den Aktien der Aktiengeſellſchaft Charlottenburger Waſſerwerke den Aktionären gegen Entſchädigung zu entziehen und auf die Gemeinden zu übertragen. — Abg. Heimann (S.): Wofür ſoll die Entſchädigung geleiſtet werden, für die Staatsgerechtigkeit? Ich kann eine ſchnödere Ungerechtigkeit nicht denken. Das Waſſer darf nicht Ausbeutungsobjekt werden. Ich beantrage, den Reichstag im Wege eines Landesgeſetzes zu erſuchen, die Kommunaliſierung der Charlottenburger Waſſerwerke nach Maßgabe des vorliegenden Geſetzentwurfes vorzunehmen.

Freitag Fortſetzung.

Vor dem Untersuchungsausschuß

erklärte Graf Bernſtorff Donnerstag auf Befragen des Sachverſtändigen, Geſandten von Romberg, daß die amerikaniſche Regierung den Inhalt der von dem Grafen Bernſtorff nach Berlin geſandten Depeſche gekannt hat, ob dieſe allerdings der Entente verheimlicht wurde, laſſe ſich natürlich nicht beſchwören. Die geplante Heimfahrt des Geheimrats Albert mit dem Unterſeeboot „Deutſchland" ſcheiterte daran, daß ſich die Geſellſchaft keinen Unannehmlichkeiten mit der amerikaniſchen Regierung ausſetzen wollte In ſeiner

Darſtellung über den U-Bootkrieg

wies Admiral Koch darauf hin, daß durch das U-Boot zum erſten Mal die Möglichkeit gegeben war, ohne den Beſitz der Seeherrſchaft, die Axt an die engliſche Seeherrſchaft zu legen. Im Herbſt 1916 war es immer klarer geworden, daß die phyſiſchen und wirtſchaftlichen Hilfsmittel Deutſchlands, vor allem der Bundesgenoſſen Deutſchlands, binnen abſehbarer Zeit zur Neige gehen würden, im Erſchöpfungskrieg und an der Hungerblockade. Es blieb alſo nur die Wahl zwiſchen zwei Uebeln, von denen das eine der ſichere Untergang war. Admiral v. Holtzendorff war der Anſicht, daß der Krieg auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden könne; außerdem verlangte die Oberſte Heeresleitung die Unterſtützung der Marine. Auf die Frage des Vorſitzenden, ob auch die Oberſte Heeresleitung darüber orientiert war und ob ſie dauernd auf dem Laufenden gehalten iſt, verwies der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf das Telegramm des Kaiſers vom 1 Oktober 1916. Graf Bernſtorff iſt auf perſönlichen Befehl S. M. des Kaiſers angewieſen worden, Wilſon zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlaſſen. Aus den Akten wird feſtgeſtellt, daß nicht nur Hindenburg, ſondern auch Ludendorff unterrichtet war. Das Telegramm Ludendorffs vom 25. Dezember 1916 beſagt, daß trotz aller Friedensſchalmeien der Krieg mit allen Mitteln fortgeführt werde — v. Bethmann Hollweg erklärte ergänzend, daß die Skepſis in der Oberſten Heeresleitung in die Politik Wilſons ungeheuer war und ſo ſich das Ludendorffſche Telegramm erklärt. Nach der Vereidigung Helfferichs wird vom Admiral von Capelle darauf verwieſen, daß eine genaue Angabe über die Zahl der zur Verfügung ſtehenden U-Boote für alle, die nicht mitten darin ſtanden, außerordentlich ſchwierig war, da wir bis zu 10 Typen hatten; denn ſolche, die für den Torpedokrieg und ſolche, die für den Minenkrieg beſtimmt waren. Abg. Sinzheimer ſtellt feſt, daß nach den Akten Bethmann Hollweg monatelang kämpfen mußte, um eine zweifelsfreie Auskunft über die U-Bootsſtärke zu bekommen. Admiral von Holtzendorff ſtand auf dem Standpunkt, dazu ſei er nicht verpflichtet

Ueber die Wirkung des U-Bootkrieges

führte Admiral Koch noch aus, daß man glaubte, der U-Bootkrieg würde England in 5 Monaten niederzwingen. Wir hofften auf die phyſiſche und moraliſche Wirkung des U-Bootkrieges. Die U-Boote hätten uns nicht im Stich gelaſſen. Sie haben mehr verſenkt, als wir berechnet hatten. Auch wirkungslos war der U-Bootkrieg nicht, da nach drei Monate langer Dauer Admiral Sims zu Admiral Jellicoe ſagte, Deutſchland würde den Krieg gewinnen. Die engliſchen Schiffsverluſte wären viermal ſo groß, als die engliſche Preſſe ſie meldete. Admiral Koch bemerkte ſchließend, daß ſeitens des Adimralſtabes die militäriſche Bedeutung des Krieges mit Amerika niemals unterſchätzt worden ſei. — Abg. Cohn weiſt auf engliſche Angaben hin, wonach die Ziffer der transportierten amerikaniſchen Mannſchaften 1 800 000 geweſen ſei. — Admiral Capelle: Seitens der Seekriegsleitung wurde immer die Anſicht vertreten, daß der rückſichtsloſe U-Bootkrieg innerhalb 5—6 Monaten die Wendung des Krieges herbeiführen würde. Dieſer Gedanke zieht ſich wie ein roter Faden durch alle Denkſchriften, Aeußerungen und auch durch die Verhandlungen im Hauptausſchuß hindurch. — Fortſetzung der Vernehmung Freitag.

Von den Ausſagen des Admirals Koch

tragen wir zu Vorſtehendem noch folgendes nach: Admiral Koch führte aus: Wider Erwarten verzichtete England auf eine Seeſchlacht, denn es ſelbſt konnte doch wohl nicht annehmen, daß die ſchwächere deutſche Flotte den Feind an ſeinen Küſten aufſuchen würde. Wir mußten annehmen, daß das übermächtige England uns aufſuchen würde. England ging auch nicht zu einer völkerrechtlichen Blockade über in klarem Bewußtſein, weil es dann, wenn es dies getan hätte, einen großen Teil ſeiner Flotte im Blockadedienſt verloren haben würde. Letzten Endes wäre es doch wohl gezwungen geweſen, ſeine ganze Flotte einzuſetzen. England bemühte ſich ſtatt deſſen, ſeine Kriegsſchiffe vom Kriegsſchauplatz fernzuhalten und ſtatt einer Blockade nach internationalen Regeln eine ſolche zu eröffnen, die allem Völkerrecht Hohn ſprach. Es wußte mit leichten Streitkräften und Fahrzeugen aller Art die Zugänge zur Nordſee abzuſperren und durch wirtſchaftliche und phyſiſche Aushungerung dem deutſchen Volke den Frieden aufzuzwingen unter gleichzeitiger Vergewaltigung von Neutralen. Auf dieſe Weiſe entſtand die ſogenannte Hungerblockade, die unſerem Volk ſo ſchwere und entſetzliche Leiden gebracht hat, in deren Ausführung ſich die engliſche Brutalität und Mißachtung jeglicher völkerrechtlichen Regelung zeigte. Seit Herbſt 1914 hatte England ſo ſeine Hände an unſerer Gurgel und Deutſchland war dagegen faſt machtlos. Da erſtand in der U-Bootwaffe das gegebene Mittel, dem engliſchen Wirtſchaftsleben und damit ſchließlich auch ſeiner politiſchen Macht und der geſamten Kriegführung der Entente in Geſtalt der Verringerung ſeines Frachtraumes Schaden zuzufügen Allerdings mußte bei Verwendung der U-Boote eine unterſchiedliche Behandlung von feindlichen und neutralen Schiffen faſt unterbleiben, wodurch eine Gefährdung der neutralen Beziehungen nicht ausgeſchloſſen war. Zum erſten Male war durch das U-Boot die Möglichkeit gegeben, ohne Beſitz der Seeherrſchaft die Axt an die engliſche Seeherrſchaft zu legen. Zudem war die Anwendung dieſes Machtmittels abhängig von der militäriſchen Notwendigkeit. Eine Ausſicht auf eine günſtige Entſcheidung im Landkrieg war kaum noch vorhanden. Nach Anſicht des Admiralſtabes mußte auch die Rückſicht auf Neutrale zurücktreten. Uns blieb nur die Wahl zwiſchen zwei Uebeln, von denen das eine der ſichere Untergang war. Die Antwort auf das deutſche Friedensangebot hatte gezeigt, daß unſere Feinde es auf die Vernichtung Deutſchlands abgeſehen hatten.

Admiral v. Reuters Proteſt an Lloyd George.

Wie bereits gemeldet, plant die engliſche Regierung, den Admiral v. Reuter und eine Anzahl Offiziere, ſowie Mannſchaften, die an der Verſenkung der Flotte in Scapa Flow beteiligt waren, in England zurückzuhalten und vor ein Gericht zu ſtellen. Auch die übrigen 120 Offiziere ſollen nicht in die Heimat entlaſſen, ſondern bis zur Erledigung des Gerichtsverfahrens in Donnington Hall zuſammengezogen werden. Admiral v. Reuter hat gegen dieſes Verfahren in einem Briefe an Lloyd George proteſtiert. Der „Tägl. Rundſchau" zufolge lautet der Brief:

„Ich erfahre ſoeben, daß ich, Kapitänleutnant Wernich und Oberleutnant zur See Schilling, ſowie ſechs Mannſchaften der deutſchen internierten Flotte in Scapa Flow von dem allgemeinen Abtransport der Kriegsgefangenen von dem Lager Donnington Hall nach Deutſchland ausgeſchloſſen ſind. Ich ſchließe aus dieſer Tatſache, daß ein gleiches Verfahren auch mit den übrigen Offizieren und Mannſchaften der internierten Flotte geübt werden wird. Dies würde bedeuten einen Bruch des von der engliſchen Regierung gegebenen Verſprechens, die deutſchen Kriegsgefangenen ſchon vor der Ratifizierung des Friedens durch drei Mächte zu repatriieren. Ich lege gegen dieſe Ausnahmebehandlung die der Rechtsgrundlage, der Billigkeit und Menſchlichkeit entbehren würde, Proteſt ein. Ich begründe den Proteſt mit nachfolgendem:

1. Wie die Vertreter der Entente laut Preſſenachrichten ſelbſt zugegeben haben, war die Internierung der deutſchen Flotte ein Fehler. Dieſer Fehler kann weder mir noch meinen Offizieren und Mannſchaften zum Vorwurf gemacht werden, noch iſt es billig, für dieſen uns büßen zu laſſen.
2. Die engliſche Regierung hat mich in Scapa Flow trotz meines Proteſtes derartig von der deutſchen Regierung abgeſchloſſen, daß ich ſchriftliche Nachrichten erſt nach etwa drei Wochen und Telegramme erſt nach mehrtägiger Verzögerung, ſofern die engliſche Zenſur ſie überhaupt durchlaſſen wollte, erhielt. Die engliſche Regierung hätte wohl loyalerweiſe mich unter dieſen Umſtänden von dem Gang der Friedens- und Waffenſtillſtandsverhandlungen auf dem laufenden halten müſſen. Mir iſt durch Beſtimmung vorgeſchrieben, daß ich als Seebefehlshaber verpflichtet bin, wenn ich ohne Nachricht von der Heimat bin, in Fällen der Not oder des Krieges ſelbſtändig zu handeln, wie es der Nutzen des Staates und die Ehre der Marine verlangt. Durch die mir offiziell zugeſtellten engliſchen Zeitungen, die offizielles Material enthielten, wurde ich bei dem Ausbleiben von Nachrichten von der deutſchen und engliſchen Regierung gezwungen, meiner Vorſchrift entſprechend ſelbſtändig zu handeln.
3. Aus der in der engliſchen Preſſe enthaltenen Ablehnung der deutſchen Gegenvorſchläge zu dem Friedensvertrage mußte ich den Wiederausbruch des Krieges anneh-

Das ſtolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

13. Fortſetzung.

Der Profeſſor ſtrich ſich über die Stirn. „Lieber Doktor — ſeien Sie geſcheit. Ich habe auch im Ueberſchwung meines Herzens eine arme Frau heimgeführt. Und das Ergebnis — ein Leben in ewiger Haſt, ein nie endender Kampf ums Daſein — vier unverſorgte Kinder — nehmen Sie ſich ein Beiſpiel an mir.

Hans lachte ihn an.

„Herr Profeſſor, ich habe trotzdem in meinem Leben kein gemütlicheres Heim kennen gelernt, als das Ihre. Glücklich ſcheinen Sie doch bei allen Sorgen geworden zu ſein. Ihre beiden Söhne ſind tüchtige Menſchen geworden. Ihren beiden Fräulein Töchtern lacht die Zufriedenheit aus den Augen. Und Sie ſelbſt würden Ihr Schickſal ſchwerlich mit einem andern vertauſchen."

Der Profeſſor fuhr ſich lachend durch das Haar.

„Ja — wenn Sie mir ſo kommen — dann bin ich geſchlagen. Na — und ſo ganz hoffnungslos iſt ja Ihre Sache nicht. Im ſchlimmſten Fall hilft Ihnen ja doch Ihr Onkel."

Hans richtete ſich ſtraff auf.

„Das eben will ich nicht. Aus eigener Kraft will ich mir mein Neſt bauen. Für die Zukunft habe ich keine Angſt. Ich weiß, daß ich voran kommen werde; ich habe ſtarke Arme, um das Leben meiſtern zu können. Nur jetzt erſt eine Grundlage haben! Und deshalb — was mich voran bringen kann, tue ich."

Eine Weile ſah ihn der Profeſſor mit einem unbeſchreiblichen Ausdruck an. Dann legte er ihm die Hand auf die Schulter.

„Mir lacht das Herz im Leibe — Sie Prachtmenſch! Na alſo abgemacht — Sie gehen nach Chicago und führen unſere Sache. Und wenn Sie erreichen, was ich wünſche und hoffe, dann wird es uns nicht ſchwer fallen, nach Ihrer Rückkehr unſere Erfindung zu finanzieren, um ſie im Großen auszubeuten. Ich denke, dann ſind Sie bald in der Lage, ſich ein Neſt zu bauen."

Die Augen des jungen Mannes leuchteten auf.

„Herr Profeſſor — für dieſe Worte danke ich Ihnen und auch für Ihr Vertrauen."

Dieſer reichte ihm die Hand.

„Nicht Urſache, lieber Doktor. Ich laſſe Sie nämlich nicht aus. Sie haben mir immer gefallen und trotz Ihrer Jugend imponiert. Es iſt ein herzerfriſchender Schneid in Ihnen, und dabei haben Sie den richtigen deutſchen Erfinderkopf, der aus Sägeſpänen Wunderwerke ſchaffen kann. Alſo halten Sie ſich für Ende Februar bereit. Anfang März beginnt der Kampf. Dann müſſen Sie drüben ſein. Es gibt bis dahin noch mancherlei vorzubereiten."

„Es wird alles klappen, Herr Profeſſor."

„Weiß ich. Auf Sie iſt Verlaß. Guten Morgen, wir ſprechen noch darüber."

„Guten Morgen, Herr Profeſſor!"

Froh blitzten Hans von Rainsbergs Augen hinter dem Profeſſor her. Sein Herz klopfte zum Zerſpringen. Er fühlte, ſein Schickſal war wieder einmal in ſeine Hand gegeben. Die Tat wartete auf ihn. Und das löſt ſtets ein Hochgefühl in der Bruſt eines rechten Mannes.

Am liebſten wäre er nun gleich zu Ruth von Goſeck geeilt, um ihr zu ſagen: „Sprac dich nicht — binnen Jahresfriſt werde ich in der Lage ſein, dich heimzuführen."

Aber er bezwang ſich und blieb bei ſeiner Arbeit.

„Ehe ich nach Chicago reiſe, werde ich mit Ruth ſprechen — kurz vorher — eher nicht. Dann will ich ihr ſagen, daß ſie nur noch kurze Zeit Geduld haben ſoll. Oder vielleicht findet ſich auch in Rainsberg zum Jagdfeſt eine Gelegenheit, allein mit ihr zu ſprechen. Dann ſoll es klar werden zwiſchen ihr und mir", dachte er.

Und dann lachte er glücklich vor ſich hin.

„Klar iſt im Grunde alles zwiſchen uns. Ich weiß, daß ſie mich liebt, und ſie weiß, daß ich ſie liebe. Süße, liebe Ruth, welch eine Wonne wird es für mich ſein, alle Sorgen von dir zu nehmen, dir alles Schwere fern zu halten!"

Und ſeine Arme ſtreckten ſich aus, als wolle er die Kraft ſeiner Muskeln prüfen. Ein Frohgefühl ohnegleichen erfüllte ſeine Seele, wie es nur ein Mann haben kann, der ſich ſeiner Kraft bewußt iſt.

* * *

Walter von Rainsberg ſaß in ſeinem Junggeſellenheim am Schreibtiſch. Seine Haltung war ſchlaff und träge. Er ſtützte den Kopf in die Hand und ſah mit unheimlich funkelnden Augen auf ein Blatt Papier herab, das mit Schriftzügen bedeckt war. Immer wieder las er die Worte:

Sehr geehrter Herr Aſſeſſor!

Jederzeit kann ich Ihnen die amtlichen Beglaubigungen verſchaffen. Ich verſichere Sie nochmals, daß die einzige Tochter des Herrn Generals, Baron Friedrich von Traſſenheide, Maria mit Namen, in zarteſtem Kindesalter geſtorben iſt. Kurze Zeit darauf hat der Herr Baron bei einem großen Brande im Dorfe Neurode die kleine Tochter des Kleinbauern Fritſche aus dem brennenden Hauſe ihres Vaters gerettet. Fritſche und ſeine Frau kamen unter den Trümmern ihres Hauſes um, als ſie ihre Erſparniſſe retten wollten.

Die kleine Waiſe, die auch Maria hieß, brachte der Herr Baron ſeiner Frau, und dieſe nahm ſie auf wie eine von Gott geſpendeten Erſatz für ihr verlorenes Töchterchen. Die kleine Maria Fritſche iſt danach von dem Herrn Baron an Kindesſtatt angenommen worden und iſt ſtets gehalten worden, als eigenes Kind. Hier in unſrer Garniſonſtadt hat ſie jeder für die rechtmäßige Tochter des Herrn Baron gehalten, und der Herr Baron und ſeine Frau Gemahlin haben es wohl im Laufe der Jahre ſelbſt vergeſſen, daß das Töchterchen ein angenommenes Kind war.

Als die junge Dame einundzwanzig Jahre alt war, hat ſie ſich mit dem Freiherrn Malte von Rainsberg vermählt, und dieſer Ehe entſtammt der Freiherr Hans von Rainsberg als einziger Sohn.

Die Akten über dieſe Angelegenheit ſind mir jederzeit zugänglich, und ich kann dem Herrn Aſſeſſor jederzeit beglaubigte Abſchriften verſchaffen. Ich bin ſehr froh, dem Herrn Aſſeſſor einen Dienſt erweiſen zu können, denn der Herr Aſſeſſor haben mir einen dienſtlichen Verweis für eine Nachläſſigkeit erſpart, die ich mir hatte zu ſchulden kommen laſſen. Und ich werde gern alles tun, um Sie zufrieden zu ſtellen.

Ihr ganz ergebener
Heinrich Thörner."

(Fortſetzung folgt.)

men, da der deutſche Reichskanzler in der Nationalverſammlung ausgeſprochen hat, daß „ihm die Hand verdorren müßte, wenn er den vorliegenden Friedensvertrag unterzeichnete“. Nach der allgemein gegebenen Beſtimmung für deutſche Seebefehlshaber, wie ſie wohl analog für engliſche Seebefehlshaber gegeben ſein dürfte, dürfen eigene Schiffe während des Krieges nicht in die Hand des Gegners fallen. Dementſprechend war ich verpflichtet zu dem einzigen Ausweg, der mir blieb, die deutſchen Schiffe zu verſenken.

4. Wenn auch meine Auffaſſung, daß der Krieg wieder ausgebrochen iſt, ſich ſpäter als irrtümlich herausſtellte, ſo habe ich doch unter dem Gefühl und der Ueberzeugung, daß wieder Krieg ſei, gehandelt. Ich und ebenſo meine Untergebenen können daher nicht außerhalb der allgemeinen Kriegsgebräuche geſtellt werden. Da man uns zu Kriegsgefangenen erklärt und uns die Unbilden der Gefangenſchaft auferlegt hat, ſo iſt es jetzt unbillig, uns nun die Wohltat der Heimſendung der Kriegsgefangenen vorzuenthalten.

5. Die 1—4 genannten Tatſachen ſind geeignet, in uns, die wir nur unſere Pflicht getan haben, das Gefühl zu beſtärken, daß wir nicht nach Recht und Billigkeit und nach Kriegsgebrauch behandelt werden, ſondern einem grauſamen Rachegefühl zum Opfer gebracht werden ſollen.

Ich erſuche daher die mit uns gemachte Ausnahme aufzuheben und die Repatriierung von mir und den Offizieren und Mannſchaften der deutſchen internierten Flotte in Scapa Flow anzuordnen.“

Noske löst den Berliner Vollzugsrat auf.

Der Oberbefehlshaber Noske erläßt folgende Bekanntmachung: Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Großberlins hat fortgeſetzt ſeine durch die beſtehende Verfaſſung des Deutſchen Reiches nicht begründete Stellung dazu benutzt, um Unruhen und Zwieſpalt in die Reihen der beſonnenen Arbeiterſchaft zu tragen. Er hat durch den Aufruf an die Berliner Arbeiterſchaft in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 5. November 1919 unter wahrheitswidriger Begründung zum politiſchen Generalſtreik gehetzt und aufgefordert. Durch dieſes Treiben bildet der Vollzugsrat eine unmittelbar drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Auf Grund des § 9 des Geſetzes über den Belagerungszuſtand wird daher im Intereſſe der örtlichen Sicherheit hiermit der Vollzugsrat der Arbeiterräte Großberlins für aufgelöſt erklärt. Jegliche weitere Tätigkeit, welcher Art und welchen Inhaltes ſie ſei, wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieſes Verbot werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre beſtraft, ſofern nach den beſtehenden Geſetzen nicht eine höhere Strafe verwirkt iſt.

Noskes Vorgehen gegen die westrussischen Agenten.

Auf Anordnung des Oberkommandos Noske fanden in Sachen der weſtruſſiſchen Freiwilligen-Armee bezw. der weſtruſſiſchen Regierung erneut Durchſuchungen, Beſchlagnahmen und Verhaftungen von Perſonen ſtatt. In mehreren Druckereien wurden große Mengen von Geldſcheinen und Briefmarken beſchlagnahmt. Sieben Perſonen, die ſich mit Anwerbungen, dem Erwerb von Material, Propaganda, ſowie mit der Herſtellung von Geldſcheinen und Briefmarken für die weſtruſſiſche Armee befaßten, ſind in Haft genommen worden. Auf Grund der Verordnung des Oberbefehlshabers vom 1. November ſind weitere Maßnahmen im Gange, um jedwede Unterbindung der Tätigkeit der baltiſchen Agenten durchzuführen, da dieſe bei der gegenwärtigen politiſchen Lage eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches bedeutet. — Der „Lokalanzeiger“ meldet: Generalmajor Graf von der Goltz, der kürzlich zu den Offizieren von der Armee verſetzt worden war, iſt nunmehr mit der geſetzlichen Penſion zur Dispoſition geſtellt worden.

Die interalliierte Kommiſſion für das Baltikum trifft am 7. November in Berlin ein. Sie beſteht aus 25 Offizieren und 50 Unteroffizieren und Mannſchaften, die ſich zur Information einige Tage in Berlin aufhalten wird.

Die Schwäche der Reichswehr.

Der folgende Erlaß des Generals von Oldershauſen, des Generalſtabschefs des Reichswehrgruppenkommandos I, charakteriſiert treffend die inneren Schwächen unſeres heutigen Heeres: „Es ſinkt an vielen Orten der innere Wert der Truppen, nicht nur durch Verhetzung, ſondern dadurch, daß gerade die beſten Leute gehen. Mangelhafte Verpflegung, unzureichende Beſoldung, Unterbringung und Bekleidung tragen dazu bei, ihnen den Aufenthalt bei der Truppe gründlich zu verleiden. Den beſſeren Elementen wird es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, der ſchlechtere bleibt, und bei weiterer Entwickelung auf dieſer Linie wird das Heer zum Sammelpunkt von Arbeitsloſen und Geſindel. Sicher iſt die Aufgabe, die Truppe in ſtrenge Diſziplin zu bringen, noch nicht erfüllt. Grundlage aber dafür iſt, daß Offizier und Mann mit Achtung aufeinander, mit Achtung auf ihren ganzen Stand blicken können. Das wird nicht erreicht, wenn die Regierung, die ſich auf die Truppe ſtützt, Offizier und Mann ſtraflos beſchimpfen und mit Kot bewerfen läßt. Nicht dringend genug kann davor gewarnt werden, die Stimmung der Truppe zu unterſchätzen. Man hat nicht weit zu gehen, um aus dem Munde eines einfachen Mannes zu erfahren, daß die Regierung nicht imſtande iſt, das Volk zum Beſſeren zu führen, daß ſie nicht fragt, wieviele Offiziere und Soldaten im Kampfe gegen den Aufruhr verbluten, wenn nur der „ſtreikende Arbeiter“, der Parteigenoſſe, nicht vor den Kopf geſtoßen wird. Oft hat ſich der Soldat auf dem Pflaſter eingeſetzt, um die Regierung zu ſtützen, daß ihm niemand dankt, daß alles nutzlos war, wenn es ſo weitergeht — das ſind Gedanken, die ſich Bahn brechen, unaufhaltſam, weil letzten Endes ſie berechtigt ſind.

Sozialdemokratie und Christentum.

Der Abt von Maria Laach, Dr. Ildefons Herwegen, erſucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

Maria Laach, 31. Oktober.

Durch verſchiedene kleinere Zeitungen ging eine Mitteilung über eine Aeußerung des Miniſters Haeniſch, die nun auch in der Kölniſchen Volkszeitung zum Abdruck gelangt iſt. Dieſelbe geht dahin, daß Herr Haeniſch mir gegenüber geäußert haben ſoll, daß er Atheiſt ſei und die Hoffnung habe, daß der Atheismus mit der Zeit in unſerm Staate die Herrſchaft erhalte. Dieſe Aeußerung hat der Miniſter in Maria Laach nicht getan, und ich halte mich zur Steuer der Wahrheit für verpflichtet, den Inhalt ſeiner Worte hier wiederzugeben: „Ich betone, daß ich für meine Perſon keinem Offenbarungsglauben huldigen kann, aber ich habe nicht nur jetzt als Miniſter, ſondern auch früher als Abgeordneter in meinen Reden und Schriften es immer wiederholt, daß wir die großen Kulturkräfte, die im Chriſtentum liegen, nicht gering einſchätzen dürfen. Heute, wo wir alles und jedes ausnützen müſſen, was in irgendeiner Weiſe dem Volk und dem Staat dienlich ſein kann, müſſen wir erſt recht auch die Kräfte, die im Chriſtentum liegen, fruchtbar machen. Ich und meine Partei, wir leben ja der Hoffnung, daß in einer ſpäteren Zeit einmal eine Ethik entſtehen wird, die es uns geſtattet, die heute übliche chriſtliche Sittlichkeit zu übertreffen. Jedoch zeigen ſich hierfür kaum die ſchwächſten Anſätze. Es wird alſo vorausſichtlich noch lange dauern, und ſo lange iſt das Chriſtentum wenigſtens nach ſeiner ethiſchen Seite für das Volk unentbehrlich. Ich ſtehe auf dem Standpunkt, daß unſer Kampf für den Fortſchritt nicht gegen die Kirche, ſondern gemeinſam mit der Kirche zum Wohle aller geführt werden muß, ſelbſtverſtändlich jeder nach ſeiner Weltanſchauung; aber es gibt genug, was uns gemeinſam iſt.“

Stegerwald über die Sozialdemokratie.

Das Kartell der chriſtlichen Gewerkſchaften Köln hielt eine große Verſammlung ab, in der u. a. der preußiſche Wohlfahrtsminiſter Stegerwald ſprach. In ſeinen Ausführungen beſchäftigte ſich Stegerwald beſonders mit der Sozialdemokratie, der er vorwarf, daß ſie im Parlament ihre eigenen Miniſter im Stiche laſſe. Er ſprach über die Abbröckelungs- und Zerſetzungserſcheinungen im ſozialdemokratiſchen Lager und erinnerte an die Vorſtöße der Radikalen gegen die Arbeiterführer Legien und Schlicke. Weiter erklärte er, daß Deutſchlands Ausgangsſtellung in der Vorrevolutionszeit ein ſtarkes Heer geweſen ſei. Nach ſeiner Zertrümmerung müſſe man ganz neue Kraftſtationen für die Neuentwicklung ſuchen; zurzeit fehlen alle politiſch leitenden Ideen. Zu den Aufgaben, die unmittelbar in Angriff genommen werden müßten, gehöre die Neugeſtaltung und geſteigerte Arbeit im Bergbau und im Verkehrsgewerbe. Den Wünſchen der Bergarbeiter müſſe man in weitgehendſtem Maße Rechnung tragen. Sei dies geſchehen, dann ſei drücken. In den Eiſenbahnwerkſtätten, wo viel zu wenig gearbeitet werde, müſſe die Akkordarbeit wieder eingeführt werden.

Die USP des Niederrheins.

Auf dem in Düſſeldorf abgehaltenen Parteitag der U. S. P. D. des Bezirks Niederrhein, der den Regierungsbezirk Düſſeldorf und den Wahlkreis Gummersbach des Regierungsbezirks Köln umfaßt, wurde der Anſchluß an die ſogenannte dritte Internationale in Moskau und der ſofortige Austritt aus der zweiten Internationalen gefordert. Weiter wurde verlangt, daß die Vertreter der U. S. P. D. in den Parlamenten die Tribüne vornehmlich dazu ausnutzen, die bürgerlichen Parteien und die Reformſozialiſten als Feinde des Sozialismus bloßzuſtellen. Die Partei zählt in dem Bezirk Niederrhein angeblich 63 000 Mitglieder, darunter 12 000 weibliche. An der Spitze ſteht der Wahlkreis Düſſeldorf mit 20 000 Mitgliedern, ihm folgen Lennep mit 11 300, Solingen mit 10 900, Eſſen mit 7700, Elberfeld-Barmen mit 6416, Duisburg mit 1280 Mitgliedern. In den ſechs linksrheiniſchen Wahlkreiſen zählt die Partei rund 5000 Mitglieder, davon 2500 im Kreiſe Moers-Rees. Es wurde eine ſtärkere Agitation unter den Landarbeitern gefordert mit der Begründung, daß der Sozialismus auf wirtſchaftlichem Gebiete ſich nicht durchführen laſſe, wenn nicht auch die Landarbeiter für den revolutionären Sozialismus gewonnen würden.

Unmenschliche Gefangenenbehandlung in polnischen und rumänischen Lagern.

Nach einer Meldung der Schweizeriſchen Depeſchenagentur erhielt das Internationale Rote Kreuzkomitee die ſchlimmſten Nachrichten über die Lage der Gefangenen in gewiſſen polniſchen und rumäniſchen Lagern. In Breſt-Litowſk wurden vier Gefangenenlager, welche im März 16 000 Mann, meiſt Ukrainer, beherbergten, von zwei Delegierten des Internationalen Roten Kreuz-Komitees in Begleitung der Sanitätsmajore der franzöſiſchen Militärmiſſion beſucht. Am 11. Oktober befanden ſich in den Lagern nur noch 4000 Mann. Anfang Auguſt ſtarben bis 180 Gefangene täglich. Dieſe Lager waren eine wahre Totenſtadt. Die Verluſte wurden verurſacht hauptſächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung. Die Ueberlebenden ſind in Lumpen gekleidet, ungenügend ernährt und ſchlafen auf Holzdielen ohne Stroh und Decken. Die Berichte über die rumäniſchen Lager von Arad, Kunden und Czegled ſind, obwohl ſie keine ſo erſchreckende Sterblichkeit aufweiſen, ebenfalls ſehr betrübend. In Arad befinden ſich 780 Mann Ungarn, zumeiſt Offiziere. Die Rumänen haben die ungariſchen Bewohner der Stadt Arad genötigt, ſelbſt für den Unterhalt der Gefangenen aufzukommen im Widerſpruch zu den internationalen Vereinbarungen, welche die Sorge hierfür den die Gefangenen haltenden Staaten auferlegen. Der Stadt Arad iſt es unmöglich, die notwendigen Gelder und Lebensmittel zu beſchaffen. Als Unterkunft dienen kalte, dunkle Keller, nämlich die Kaſematten der früheren Zitadelle, ohne Glasſcheiben und Heizung. Das Internationale Rote Kreuzkomitee hat die polniſche und rumäniſche Regierung beſchworen, die Lager dieſer Gefangenen zu verbeſſern und ihnen womöglich die Freiheit zurückzugeben.

Tagesereignisse.

— (Beſchlüſſe des Oberſten Rats.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberſte Rat hat ſich am Donnerstag unter Pichons Vorſitz verſammelt und folgendes beſchloſſen: 1. Das Gehalt der internationalen Abordnungen zur Beaufſichtigung und Abrüſtung Deutſchlands iſt von Deutſchland zu bezahlen. 2. Die Noten, die vor der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain zwiſchen der öſterreichiſchen Abordnung und dem Oberſten Rat ausgetauſcht worden ſind, müſſen veröffentlicht werden. 3. Die Zwangsmaßregeln gegen die Deutſchen wegen Nichterfüllung der Beſtimmungen über die Räumung des Baltikums haben keinerlei rückwirkende Kraft.

— (Das Schickſal der deutſchen Diamantengruben.) Die „African World“ berichtet, daß eine engliſch-amerikaniſche Vereinigung in Johannesburg die Hauptkontrolle über die Diamantengruben in der ehemaligen deutſchen Kolonie Deutſch-Südweſtafrika erlangt hat zu dem Zwecke, ſämtliche Unternehmungen in einer einzigen Kompagnie zu vereinigen.

— (Die Verluſte der Franzoſen vor Verdun.) Aus Paris wird gemeldet: Aus den fortgeſetzten Veröffentlichungen der ſtenographiſchen Protokolle der Kammerſitzungen vom Juli 1918 geht hervor, daß die Verteidigung Verduns den Franzoſen mehr Blut koſtete, als der Angriff den Deutſchen. Die Franzoſen verloren damals vor Verdun 800 000 Mann, die Deutſchen nur 700 000.

— (Unter der Fremdherrſchaft.) In Kreuznach haben die franzöſiſchen Militärbehörden den Leiter des Heimatdienſtes, Andres, angeblich wegen unerwünſchter politiſcher Betätigung verhaftet.

— (Clemenceau auf deutſchem Boden.) Von Straßburg aus hat Clemenceau einen kurzen Abſtecher nach Kehl gemacht, hat alſo deutſchen Boden betreten. Clemenceau iſt bei dieſer Gelegenheit von den deutſchen Behörden begrüßt worden. (!) Die Begrüßung iſt nach Telegrammen Pariſer Blätter ſehr korrekt verlaufen. (Hoffentlich.) Als Clemenceau im Automobil durch Kehl fuhr, war die Stadt wie ausgeſtorben; alle Einwohner hatten ſich in ihre Häuſer zurückgezogen, und auch in den umliegenden Dörfern zeigte ſich niemand. (Bravo!) Einige Plakate mit der Inſchrift „Willkommen!“ erregten Clemenceaus Aufmerkſamkeit, aber man belehrte ihn, daß dieſer Wunſch nicht ihm gelte, ſondern den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

— (Revolution in Aegypten.) Aus Genf meldet „Information“, daß nach einem Bericht des ägyptiſchen Nationalkomitees in Aegypten die Revolution ausgebrochen ſei. Aus allen Teilen Aegyptens kommen Nachrichten, daß der Kampf gegen die Engländer im Gange ſei. Vorläufig ſoll eine nationaliſtiſche ägyptiſche Regierung gebildet werden.

— (Die Sitze der Abſtimmungskommiſſionen.) Der Oberſte Rat beſchloß, den Sitz der Abſtimmungskommiſſionen und die Kommandos der interalliierten Beſatzungstruppen folgendermaßen zu regeln: Allenſtein an Großbritannien, Marienwerder an Italien, Oberſchleſien an Frankreich, Teſchen an die Vereinigten Staaten, bezw. proviſoriſch an Frankreich bis zur Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika.

— (Ein neuer Willkürakt der Franzoſen.) Wie aus Mannheim berichtet wird, wurde unlängſt auf der Rheinbrücke von Ludwigshafen der Geheime Kommerzienrat Faſig, der in Ludwigshafen eine Fabrik betreibt, von den Franzoſen verhaftet und nach Saarbrücken geſchafft. Dann hörte man nichts mehr von ihm. Jetzt wird bekannt, daß er dieſer Tage wegen angeblicher Verheimlichung beſchlagnahmter Vorräte zu einer längeren Freiheitsſtrafe verurteilt wurde.

— (Nichtanerkennung eines Landrats.) Wie die „Frankf. Ztg.“ von zuverläſſiger Seite erfährt, iſt der von der franzöſiſchen Beſatzungsbehörde in Höchſt (Main) eingeſetzte Landrat Dr. Himdrichs von der Regierung nicht anerkannt worden. Er iſt deshalb zu amtlichen Handlungen nicht befugt und ſeine Verfügungen und Anordnungen werden weder für die ihm unterſtellten Beamten noch für die Bevölkerung rechtsgültig.

— (Anſpruch der Entente auf die verkauften deutſchen Schiffe.) Der Oberſte Rat in Paris hat die holländiſche Regierung benachrichtigt, daß die Entente das holländiſche Eigentumsrecht auf die deutſchen Schiffe, die nach Eröffnung der Feindſeligkeiten angekauft wurden, nicht anerkenne.

— (Die Ausſchließung der Ausländer von britiſchen Schiffen.) Die Klauſel des Fremdengeſetzes, die von der Beſchäftigung von Ausländern auf britiſchen Schiffen handelt, wurde von der Regierung vollſtändig umgeändert. Sie verfügt jetzt, daß kein Ausländer als Kapitän, Erſter Offizier oder Schiffsingenieur auf britiſchen Schiffen als Kapitän oder Steuermann auf britiſchen Fiſcherfahrzeugen auftreten kann, ausgenommen, wenn es ſich um britiſche Schiffe handelt, die hauptſächlich Reiſen außerhalb der Gewäſſer des Vereinigten Königreiches machen. Dieſes Verbot findet keine Anwendung auf Ausländer, die während des Krieges in loyaler Weiſe in dieſer Eigenſchaft tätig waren.

— (Vormarſch Bermonds auf Libau.) Das Memeler „Dampfboot“ erfährt von den in Memel eingetroffenen Kurländern, daß die Truppen Bermonds den Vormarſch auf Libau antreten und bereits Groß-Bin und Langen beſetzten.

— (Ein Abkommen zwiſchen Finnland und Koltſchak.) Die „Morning Poſt“ meldet aus Reval, daß zwiſchen der finniſchen Regierung und Koltſchak ein Abkommen zuſtande gekommen iſt. Finnland verſpricht, ſobald wie möglich eine ſtarke Offenſive gegen die Bolſchewiſten zu unternehmen. Als Gegenleiſtung erhält Finnland die geſamte Halbinſel Kola einſchließlich der Murmanbahn und außerdem für jeden Tag des Feldzuges 7 Millionen Mark.

— (Der Metallarbeiterſtreik.) Der Reichsarbeitsminiſter hat geſtern wieder einen Vermittlungsvorſchlag gemacht. Er hat beide Parteien zu einer Ausſprache eingeladen. Am heutigen Freitag werden ſich die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer zu entſcheiden haben, ob ſie der Aufforderung des Arbeitsminiſters Folge leiſten wollen oder nicht.

— Die Berliner Kommuniſten planen am kommenden Sonntag, mehrere große Maſſenverſammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Im Norden und Oſten ſind in der letzten Nacht große Plakate angeklebt worden, in denen die Anhänger des Spartakusbundes aufgefordert werden, am 7. November in Maſſen im Humboldthain, im Friedrichshain und in Treptow zu erſcheinen, wo bekannte Führer ſprechen werden.

— (Verhaftung Berliner Spartakiſten.) Wie die Voſſiſche Zeitung ſchreibt, wurden Donnerstag in den Morgenſtunden durch die Sicherheitswehr 20 Spartakiſten verhaftet, die ſich zum Empfang von Flugblättern und Waffen in einem Café verſammelt hatten. Flugſchriften mit der Unterſchrift „Spartakusbund“ wurden beſchlagnahmt. Abends um 7 Uhr wurden in dem Schanklokal in dem Hauſe Stettinerſtraße 19 27 Spartakiſten bei einer Zuſammenkunft überraſcht und feſtgenommen. Sie hatten ſich hier verſammelt, um Schablonen und Farbentöpfe in Empfang zu nehmen, mit denen ſie an Häuſern und Zäunen hetzeriſche Aufrufe anbringen wollten. In der großen Frankfurter Straße verſammelte ſich gegen 9 Uhr abends eine große Menge radaulustiger Elemente, die Straßenbahnen anhielten und die Fahrgäſte wie die Führer und Schaffner beläſtigten. Durch telephoniſchen Anruf wurde die Sicherheitswehr alarmiert, die auch ſofort anrückte und den Pöbel zerſtreute.

— (Spartakus in Leipzig.) Der Spartakusbund, Ortsgruppe Leipzig, hat namentlich im Oſten der Stadt zahlreiche Plakate anbringen laſſen, in denen die Arbeiterſchaft aufgefordert wird, am 7. November die Arbeit niederzulegen und ſich der dritten Internationale anzuſchließen. Auch die Internationale Vereinigung ſozialiſtiſcher Jugendorganiſationen hat über das geſamte Stadtgebiet Anſchläge verbreitet, in denen gegen die Reichsregierung und für eine kommuniſtiſche Weltrepublik agitiert wird.

— (Revolte in einem Breslauer Gefängnis.) Im Gefängnis in der Kletſchkauer Straße wurde geſtern von den Gefangenen der Verſuch gemacht, ſich zu befreien. Beim Abendeſſen, als die Gefangenen in einer Reihe antraten, überwältigte einer von ihnen den Wächter, ſchlug ihn nieder, und die Gefangenen — etwa 300 an der Zahl — ſuchten zu entkommen. Sie wurden jedoch zum größten Teile wieder gefaßt und ins Gefängnis zurückgebracht. Etwa 100 Gefangene ſind zurzeit noch nicht wieder feſtgeſtellt worden. Es iſt aber anzunehmen, daß es gelingen wird, der Geflohenen bald wieder habhaft zu werden.

— (Der Streik in Mannheim beſchloſſen.) Die Angeſtellten der Mannheimer Metallinduſtrie lehnten den Schiedsſpruch des Schlichtungsausſchuſſes, der ihnen Gehaltsaufbeſſerungen von 50, 35 und 25 Mark bewilligt, ab und ſtimmten zu etwa 85% für den Ausſtand. Der für Angeſtellte und Beamte morgen früh beginnt.

— (Haaſes Geneſung ausgeſchloſſen.) Laut Berliner Tageblatt laſſen die bereits gemeldeten Vergiftungs- und Vereiterungserſcheinungen, die ſich beim Abg. Haaſe bemerkbar machen, eine Geneſung beinahe ausſchließen, die Möglichkeit eines plötzlichen Ablebens in nächſter Nähe erſcheinen. Haaſe iſt völlig teilnahmslos und ſchläft faſt ſtändig.

— „Bodenſee“ in Staaken angekommen. Das Luftſchiff „Bodenſee“ iſt geſtern nachmittag 5.10 Uhr in Wolmirſtedt zur Fahrt nach Berlin aufgeſtiegen und gegen 7 Uhr abends auf dem Flugplatz Staaken gelandet.

— Ein Eiſenbahnzuſammenſtoß auf dem Simplon. Ein Zuſammenſtoß ereignete ſich Montag abend zwiſchen Pont-ſur-Yonne und Sens. Der Simplonzug fuhr in den nach Genf fahrenden Zug hinein, nachdem er die Signale am Bahnhof überfahren hatte. Es wurden bis jetzt 12 Tote unter den Trümmern herausgezogen. Ungefähr 30 Verletzte wurden nach Sens und Montereau gebracht. Nach der Erklärung eines Augenzeugen ſoll es ungefähr 30 Tote und 100 Verwundete gegeben haben. Zwei Wagen 3. Klaſſe und ein Salonwagen wurden zertrümmert. Der Poſtwagen und der Speiſewagen wurden umgeworfen.

— Ein Diamant von 1500 Karat. Das in der letzten Zeit auffallende Intereſſe, deſſen ſich Diamantminen-Papiere in London erfreuen, hat nunmehr ſeine Aufklärung gefunden. Die Premier (Transvaal) Diamond Mining Company erklärte eine Schlußdividende von 600 Prozent, womit für das Geſchäftsjahr eine Dividende von nicht weniger als 850 Prozent erreicht wird! Zu gleicher Zeit wurde bekannt, daß in einer der Minen der Geſellſchaft ein blau-weißer Diamant von nicht weniger als 1500 Karat gefunden wurde, ein Stein, der trotz ſeiner Größe ohne jeden Fehler iſt. Sein Wert wird unbearbeitet auf 100 000 Pfund Sterling geſchätzt (2 Millionen Goldmark oder 10 Millionen heutige Mark).

— Der maskierte Belaſtungszeuge. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, fand vor dem Prager Diviſionsgericht am 13. d. Mts. unter dem Vorſitz des Oberleutnants Maxa und in Anweſenheit des Militäranwalts Senfe wider den 23jährigen Ziviliſten Emanuel Suczek aus Teſchen die Strafverhandlung ſtatt. Als Belaſtungszeuge erſchien ein Zivilkonfident (Spitzel), der in einem Offiziersmantel ſteckte, eine Militärkappe auf hatte und derart vermummt war, daß man nur ſeine Augen ſah. Ein anderer Zeuge als dieſer Vermummte wurde nicht vernommen. Der Angeklagte wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. Generalinſpektor der tſchechiſchen Truppen und Anſtalten, alſo auch des Prager Diviſionsgerichts, iſt aber J. S. Machar, iſt Verfaſſer eines ſehr ſtarken Anklagebuches „k. k. Kriminals“ und in ſeinem Hauptnebenberuf lyriſcher Dichter!

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. bedeutet Krammarkt; V. = Viehmarkt; K. V. = Kram- und Viehmarkt; Pf. = Pferdemarkt; Schw. = Schweinemarkt; T. = Tag.

Sonntag, 9. Nov.: Minden 8 T. K. (Meſſe).
Montag, 10. Nov.: Heek K. V., Salzkotten K. Rindv. Pf. Schw., Kaſtrop Schw., Dortmund u. Hagen Schlachtv.
Dienstag, 11. Nov.: Alſtätte V., Buer V., Borken K. V., Ibbenbüren K. V., Münſter V., Bielefeld K. Rindv. Pf. Schw., Brilon K., Brakel Rindv. Pf. Schw., Lippſtadt K. Rindv., Röhlinghauſen V. Schw.
Mittwoch, 12. Nov.: Epe Rindv. Schw., Lienen V., Warendorf V., Büren Rindv. Schw. Schaf, Petershagen K. Rindv. Pf. Schw., Siegen, Dortmund Zuchtfaſelv., Eikel (Dorſtener Straße) Schw., Medebach Schw.
Donnerstag, 13. Nov.: Ahaus K. Rindv. Schw., Geſeke V., Rahden Rindv. Schw., Unna 2 T. K.
Freitag, 14. Nov.: Paderborn Rindv. Pf. Schw.
Sonnabend, 15. Nov.: Wattenſcheid V.

Zahn-Praxis Max Döller 4150
Weststrasse 4.
Sprechſtunden: 9—½1, ½3—6 Uhr.
Faſt ſchmerzloſe Zahnbehandlung. Anfertigung ſämtlicher Zahnerſatzteile in feinſter Ausführung
zu mäßigen Preiſen.

Weſtfalen u. Rheinland

Kamen, 7. Nov. (Verſchiedenes.) Zur Aufklärung über das Weſen der Sparprämienanleihe iſt im Hauſe Berlin W 9, Budapeſter Straße 5, eine amtliche Auskunftsſtelle errichtet worden, die unentgeltlich über alle Einzelheiten dieſer Anleihe Aufſchluß und Belehrung erteilt. Die Auskunftsſtelle, die auch ſchriftliche Anfragen erledigt, iſt werktäglich von 10 bis 1 und 4 bis 7 Uhr geöffnet.

(Vortrag Mumm.) Am letzten Sonntag ſprach Herr Abgeordneter D. Mumm bei Bergheim über das Thema: „Was uns not tut". Er gab zunächſt einen Rechenſchaftsbericht über die parlamentariſche Tätigkeit der deutſch-nationalen Fraktion und führte aus, der rechte Blick in die Vergangenheit, Gegenwart Zukunft tut uns not. Die Folgen des Krieges ſeien zu ſchwer, als daß nicht der Blick in die Vergangenheit gerichtet ſein müſſe. Wenn wir aber jetzt alle Archive öffneten und die Feinde nicht, ſo ſei das Bild einſeitig und unvollſtändig. Die jetzige Unterſuchung im Ausſchuß der Nationalverſammlung ſei unerfreulich und nicht unparteiiſch und bürge nicht für die Herausſtellung der Wahrheit. Die Deutſch-nationale Volkspartei ſei in der Nationalverſammlung heftig angefeindet, weil man ſie fürchte; aber der deutſch-nationale Gedanke ſchlage immer weitere Wellen. Allgemein ſei die Empfindung: So wie bisher geht es nicht fort. Die Deutſch-Nationalen wollten nicht nur Oppoſition treiben, ſondern auch wertvolle Mitarbeit leiſten; ſo hätten ſie denn auch manche Geſetze verbeſſert. Dann berührte der Redner Verfaſſung und Haushaltsplan. Die Deutſch-nationale Volkspartei ſehe die Intereſſen des Volkes am beſten gewahrt in einem deutſchen Kaiſertum und erſtrebe daher ein ſolches auf dem Wege des Volkswillens. Betrübend ſei, daß man die Fahne: Schwarz-weiß-rot, für die Millionen dem Tode trotzten und ſtarben, ohne Grund niedergezogen habe. Etwas näher ging dann D. Mumm auf die Beſtimmungen über Volksſchule und Religionsunterricht ein. Die Bittſchrift um Erhaltung des Religionsunterrichts habe mehr Unterſchriften als je eine andere Bittſchrift, nämlich mehr als 7 Millionen, erreicht. In der Verfaſſung ſei infolgedeſſen feſtgeſtellt, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schule ſei und bekenntnismäßig zu erteilen ſei. Die Geſinnungsſchule ſtehe höher als die bloße Lehrſchule, die Bekenntnisſchule höher als die Simultanſchule. Ein einheitlicher Geiſt müſſe durch alle Fächer gehen. Nach der Verfaſſung gebühre die letzte Entſcheidung über die Schulart den Eltern. Wenn die Chriſten ihre Pflicht täten, könnten wir erzielen, daß doch die Mehrheit Bekenntnisſchulen würden und nicht religionsloſe-gottloſe Schulen. Dafür müßten wir kämpfen. Weiter ſprach der Redner über die Steuergeſetzgebung. Da große Gefahr ſei, daß die Entente das Reichsnotopfer mit Beſchlag belege, habe die Partei vorgeſchlagen, daß in Reichsanleihe gezahlt werde. Es ſei unrecht, daß der Etat ſo eilig durchgepeitſcht werde. Schwer ſei die Zeit, auch an Mißſtänden; man möchte wünſchen, daß es bald aufwärts gehe und nicht abwärts. Dazu müſſe Sparſamkeit geübt und Arbeitsfreude geweckt werden. In dieſer Leidenszeit, die eine Läuterungszeit für unſer Volk werden möchte, laſſen wir die Hoffnung nicht ſinken. An den großen Erinnerungen müſſen wir uns und unſere Kinder wieder aufrichten, deutſche Art und deutſches Gemüt pflegen. Aus dem Elend des 30jährigen Krieges hat Gott unſer Volk herausgeführt. Wir trauen ihm zu, daß er ſein Ziel mit unſerm Volke auch jetzt trotz allem erreichen wird und ſchütteln Mutloſigkeit und Verzagtheit ab. Kampf gegen Gleichgültigkeit, Läſſigkeit und Verzagtheit tut uns not. „Laßt uns für die gute Sache eifrig arbeiten, für die chriſtlich-nationalen Ideale, die unſerm Volk nötiger ſind als das tägliche Brot." Damit ſchloß der Redner ſeine warm empfundenen Ausführungen, denen die Verſammelten geſpannt zugehört hatten.

*

Das Sinken des Markwertes

nimmt von Tag zu Tag in immer erſchreckenderem Maße zu und als eine Folge ſteigen die Preiſe der eingeführten Waren. Am geſtrigen Tage waren für je 100 der betreffenden Landeswährung zu zahlen in

Holland	1400	Mk.	gegen	1195	am 1. Nov.
Schweden	850	„	„	751	„
Norwegen	800	„	„	710	„
Schweiz	675	„	„	561	„

Nach dieſem Stande gilt die deutſche Mark ungefähr 12 Pfennig, alſo noch nicht den achten Teil des Friedenswertes.

*

Von morgen, den 7. November, ab tritt eine bedeutende Erhöhung des Eiſenbahnwagenſtandgeldes ein, und zwar beträgt dasſelbe für die erſten 24 Stunden 50 Mark, für die zweiten 24 Stunden 75 Mark und für die dritten 24 Stunden 100 Mark.

(Reichskommiſſar und 9. November.) Von der Preſſeabteilung des Reichs- und Staatskommiſſariats wird mitgeteilt: Zur Feier des 9. November ſind vom Wehrkreiskommando und Reichskommiſſar erhebliche Milderungen im Verſammlungsweſen zugeſtanden. Die Behörden werden angewieſen, Verſammlungen aller politiſchen Richtungen an dieſem Tage zu genehmigen. Auch Umzüge werden unter beſtimmten Vorausſetzungen, die von den Behörden bekanntzugeben ſind, genehmigt werden. An der Arbeiterſchaft liegt es nun, zu zeigen, daß das Vertrauen der Behörden zu ihrer Einſicht und Selbſtzucht begründet und gerechtfertigt iſt. Es wäre keine würdige Feier des Jahrestages der Revolution, wenn zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Polizei und ſogar die bewaffnete Macht einſchreiten müßte. Demnach darf erwartet werden, daß die Veranſtalter von Verſammlungen und Umzügen alles einſetzen werden, um Störenfrieden ſchon beim leiſeſten Verſuch, den Verlauf des Tages zu ſtören, das Handwerk zu legen.

Eine Perſonenſtandsaufnahme findet am Montag, den 11. November, in der üblichen Weiſe durch die Polizei-Wachtmeiſter ſtatt. Es liegt im allgemeinen Intereſſe, die Liſten ſofort und ſorgfältig auszufüllen und zur Abholung bereitzulegen. Dadurch werden unnötige Wege den ausführenden Perſonen erſpart.

Den Schleichhändlern und Schiebern ſieht man jetzt genauer auf die Finger. Geſtern wurden hier zwei Perſonen feſtgenommen, die 160 Pfund Schweinefleiſch mit ſich führten. Die beiden, es handelt ſich um den Wirt Fratze und den Kaufmann Schenk aus Dortmund, wollen ein Schwein für 1400 Mark im Münſterlande gekauft und geſchlachtet haben. Das Fleiſch wurde beſchlagnahmt und den hieſigen Metzgern zum Verkauf überwieſen. Die beiden Dortmunder wurden zeitweilig in Haft genommen.

Weſtick, 7. Nov. **Die Gemeindevertreter** wählten in ihrer Sitzung vom 30. 10 1919 an Stelle des bisherigen Vorſtehers Herrn Koch, der ſein Amt niedergelegt hat, ſeinen Stellvertreter Herrn Aug. Bothe einſtimmig zum Vorſteher. Allſeitig wurde bedauert, daß Herr Koch, der 14 Jahre lang in treuer, ſelbſtloſer Weiſe ſeines ſicher nicht leichten Amtes gewaltet und ſehr zum Segen der Gemeinde gewirkt hat, ſo plötzlich von ſeinem Poſten zurückgetreten iſt. Es ſei aber auch an dieſer Stelle betont, daß die Veranlaſſung zu dieſem Schritte nicht etwa auf Unſtimmigkeiten in der Gemeindevertretung zurückzuführen iſt: im Gegenteil, Herr Koch genoß das größte Vertrauen ſeitens der Vertretung. Was er im einzelnen für die Gemeinde geleiſtet hat, ſoll hier unerörtert bleiben. Wir wiſſen uns aber eins mit der ganzen Gemeinde, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß Herr Koch mit großem Geſchick, raſtloſem Fleiß, peinlichſter Genauigkeit, Gewiſſenhaftigkeit und Treue immer nur beſtrebt war, für das Wohl unſerer aufblühenden Gemeinde zu ſorgen. Die Gemeindevertretung hielt es deshalb auch für eine ſelbſtverſtändliche Pflicht, durch eine Kommiſſion Herrn Koch perſönlich den Dank auszuſprechen für ſeine treuen Dienſte. Das Geſchäftszimmer des Vorſtehers befindet ſich von nun an im Hauſe des Herrn Kettler, Germaniaſtraße 13. Sprechſtunden ſind von 4—8 Uhr nachmittags; mit Ausnahme von Samstags und Sonntags, wo das Büro geſchloſſen iſt. Zum ſtellvertretenden Vorſteher wurde Herr Lehrer Vieler einſtimmig gewählt. Durch den Fortzug des Gärtners Schulte wird die Stelle eines Trichinenbeſchauers für Weſtick-Dorf frei, da Herr Müller den Bezirk 1 erhalten ſoll. Reflektanten wollen ſich beim Vorſteher Bothe melden; Kriegsbeſchädigte und Dorfbewohner werden bevorzugt.

Lerche, 7. Nov. (Gottesdienſt.) Der am nächſten Sonntag, den 9. November, in der Kapelle zu Lerche ſtattfindende Gottesdienſt beginnt bereits um 9½ Uhr, damit Paſtor Ewald zum Kindergottesdienſt rechtzeitig wieder in Kamen ſein kann.

*

Die Lohnforderungen der Straßenbahner.

(TBD) **Dortmund**, 6. Nov. In der in Hagen abgehaltenen Vertreterverſammlung der Straßenbahnangeſtellten wurden die Forderungen für das rheiniſch-weſtfäliſche Induſtriegebiet feſtgelegt. Für Führer und Schaffner wird ein Tagesverdienſt von 20 Mark verlangt. Schwebebahnangeſtellte und Perſonalausbildner erhalten täglich 1 Mark Zulage. Weibliche Angeſtellte bekommen drei Viertel dieſer Sätze. Für Werkſtättenarbeiter ſind Stundenlöhne von 3,10 bis 3,50 Mk. vorgeſehen. Alle Löhne gelten als Mindeſtlöhne.

(TBD) Nachdem am Dienstag die Angeſtellten der Weſtfäliſchen Straßenbahn den Fahrbetrieb eingeſtellt hatten, ſind am Mittwoch früh auch die Straßenbahner der Bochum-Gelſenkirchener Linien erneut in den Ausſtand getreten. — Auch auf den Straßenbahnen des Eſſener Bezirkes dauert der Streik fort.

(W) Das Wehrkreiskommando VI in Münſter hat an das Amt Harpen folgendes Telegramm gerichtet: Die Gemeindeverwaltungen werden erſucht, die Schaffner und Wagenführer der Straßenbahnen, die mit der Beförderung von Bergarbeitern zu und von der Arbeitsſtelle tätig waren, aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, um den Bergarbeitern Gelegenheit zu geben, ihrer Arbeit nachgehen zu können. Die Gemeindebehörden ſetzen ſich mit der Verwaltung der Straßenbahn zum Zwecke der Ermittelung der Namen in Verbindung. Geben die aufgeforderten Angeſtellte der Straßenbahn dem Rufe nicht Folge, ſo iſt Strafanzeige zu erſtatten. Perſonen, die zur Verweigerung der oben bezeichneten Arbeiten auffordern, ſind in Schutzhaft zu nehmen.

Wehrkreiskommando VI.

Die Direktion der Dortmunder Straßenbahn erklärte zum Streik in der geſtrigen Dortmunder Preſſekonferenz: Wegen Aufſtellung eines neuen Tarifs wären bereits Verhandlungen eingeleitet geweſen, die Straßenbahner hätten aber plötzlich die ſogenannte Beſchaffungsbeihülfe verlangt, wie ſie andern Beamtenklaſſen gewährt ſei, bedenke aber nicht, daß es ſich hierbei um Perſonen handle, die noch ihre Friedensgehälter oder ſeit längerer Zeit feſtgeſetzte Gehälter nebſt Teuerungszulagen erhielten und in ihrem Einkommen nicht ſo geſtellt ſeien als die Arbeitnehmer der Straßenbahnen. Dazu käme, daß die Straßenbahner freie Uniform hätten. Selbſt bei erhöhten Fahrpreiſen ſeien die Straßenbahnen nicht mehr in der Lage, die geforderten Löhne zu zahlen. Der diesjährige Abſchluß der Dortmunder Straßenbahn, die mit am günſtigſten unter den Straßenbahnen des Induſtriebezirks daſtehe, weiſe bereits eine Unterbilanz auf, ſo daß das aufgewandte Kapital nur zu einem geringen Teil verzinſt und getilgt werden könne. Es werde daher ohnehin eine Erhöhung der Tarife erfolgen müſſen. Bei andern Straßenbahnen habe man bereits die Erfahrung gemacht, daß ſolche keine vergrößerten Tageseinnahmen brächten. Von ſeiten der Verwaltung werde in den beſtehenden Streit zurzeit nicht eingegriffen, da es ſich um einen Tarifbruch handle. Verhandlungen ſollten erſt erfolgen, wenn der tarifmäßige Zuſtand wieder hergeſtellt ſei.

*

Hörde, 6. Nov. (Ueberfahren.) Bei Einfahrt des Perſonenzuges 891 geſtern nachmittag gegen 6 Uhr geriet bei ſtarkem Perſonenandrang der Reiſende Franz Buſch aus Dortmund, Kaiſerſtraße 7, unter den einfahrenden Zug. Er erlitt dabei ſchwere Kopfverletzungen, der rechte Unterſchenkel wurde ihm abgefahren. Der Verunglückte wurde in das Joſefshoſpital gebracht, ſtarb aber kurz darauf.

(?) **Bochum, 5. Nov.** (Stiftung.) Der verſtorbene Rittergutsbeſitzer Konrad Schragmüller hat der Stadt in ſeinem Teſtament ein Vermächtnis von 300 000 Mark hinterlaſſen. Die Zinſen dieſer Summe ſollen für verſchämte Arme verwendet werden.

** **Hagen, 6. Nov. Vor der Strafkammer** wurde die Räuberbande Schnippering und Genoſſen aus Iſerlohn abgeurteilt, die dort durch Viehdiebſtähle und dergleichen den Ort unſicher gemacht hatten. Der Hauptangeklagte Schnippering wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Harbitz und Tzenin erhielten je ein Jahr Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisſtrafen von 5 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt.

** **Wanne, 6. Nov. Wegen der Anſtellung eines neuen Markenkontrolleurs**, der den Bergleuten nicht genehm war, den aber die Direktion beibehalten wollte, iſt die Belegſchaft vom Schacht „Wilhelm" der Zeche „Pluto" in den Ausſtand getreten. Zwecks Beilegung ſchweben Verhandlungen des Betriebsrats mit dem Reichskommiſſar Severing.

Duisburg, 4. Nov. **Die 75jährige Jubelfeier der Duisburger Diakonenanſtalt** am 29. Oktober nahm unter großer Beteiligung von Behörden und Freunden des Hauſes einen erhebenden Verlauf, eingeleitet durch eine eindrucksvolle Begrüßung der Jubilare, von denen nicht weniger als 6 fünfzig Jahre und 27 fünfundzwanzig Jahre der Anſtalt angehören. Den Höhepunkt bildete ein Feſtgottesdienſt und eine Feſtverſammlung, in denen Vertreter der kirchlichen, der Provinzial- und ſtädtiſchen Behörden ſowie größerer Verbände und Vereine dem Hauſe warme Anerkennung zollten für die in den zurückliegenden 75 Jahren dem Vaterlande geleiſtete raſtloſe und fruchtbare Arbeit in der Kranken-, Armen- und Waiſenpflege, der Kinder- und Fürſorgeerziehung, dem Herbergsweſen, im Kampf gegen die Trunkſucht u. a. m. Herzliche Wünſche für ein weiteres Gedeihen des großen, in dieſer Zeit doppelt wichtigen Werkes ſchloſſen ſich an. Es wurden mehrere anſehnliche Feſtgaben überreicht. 20 fertig ausgebildete Diakonen konnten abgeordnet werden. Den Schluß bildete der vom Direktor Gieſe über das Stammhaus und ſeine 13 blühenden Zweiganſtalten erſtattete Bericht, der in einem tiefempfundenen Dank für die der Arbeit in reichem Maße bewieſene Unterſtützung und in eine dringende Bitte um Zuführung von Arbeitskräften ausklang.

Weitere Nachrichten.

— **(Sachſens Entſchädigungsanſprüche für Eiſenbahnen.)** Die ſächſiſchen Staatseiſenbahnen werden bekanntlich vom Reich übernommen, ebenſo wie die anderen einzelſtaatlichen Eiſenbahnen. Sachſen beanſprucht als Entſchädigung die Uebernahme der ſächſiſchen Staatsſchulden in Höhe von 1 375 000 000 Mark.

— **(Ludwigshafen vor einer Kataſtrophe.)** Die franzöſiſchen Behörden verlangten vom Bürgermeiſteramt in Ludwigshafen binnen 48 Stunden die Erklärung, daß die Stadtverwaltung gewillt ſei, für zwei Bataillone Kaſernen zu bauen, andernfalls würden 2000 Mann Beſatzungstruppen in Bürgerquartieren untergebracht. Die Stadtverwaltung mußte ſich ſchweren Herzens entſchließen, dieſem rückſichtsloſen Verlangen Folge zu leiſten. Der Vorſchlag, die Kaſernen ſo zu bauen, daß ſie ſpäter als Schulen benutzt werden könnten, wurde von den Franzoſen verworfen. Die Koſten der Beſatzung, die bisher ſchon 6 Millionen Mark erreichen, drohen für die Gemeinde kataſtrophal zu werden.

— **(Der 9. November in Polen.)** Die polniſche Regierung ordnete durch Dekret an, daß der 9. November, der Jahrestag der Vertreibung der Deutſchen aus Polen, als Nationalfeiertag zu begehen ſei. Die nationalpolniſchen Komitees bereiten für dieſen Tag große Feiern vor. Der polniſche Miniſterrat beſchloß ferner, die in Polen befindlichen deutſchen Militär- und Zivilgefangenen, ſoweit ſie aus dem deutſchen Abſtimmungsgebiete ſtammen, „bis auf weiteres" nicht freizulaſſen.

— **Goldſchmuggel.** Von einem einlaufenden Güterzuge mußte ein heißgelaufener Wagen abgehängt werden. Beim Entladen des Wagens fiel eine Kiſte wegen ihrer Schwere auf. Sie war, wie ſich ergab, mit gemünztem Gold im Werte von über 1 Million Mark gefüllt, das in das beſetzte Gebiet geſchmuggelt werden ſollte. Eine Unterſuchung iſt eingeleitet worden.

— **Ein zweiter Fall von längerem Scheintod.** Ein Kopenhagener Telegramm meldet von einer ſehr merkwürdigen Begebenheit aus einem Dorf in Schweden, namens Jämen. Zwei Pfarrer bekräftigen die ſeltſame Geſchichte, daß ein Mann mit Namen Jons Jonſſon, der drei bis vier Tage tot gelegen hatte, ſich plötzlich aus dem Sarge erhob und zu ſeiner Familie redete, dann legte er ſich wieder hin und ſtarb für immer.

Kleine Nachrichten.

Wie die Leipz. Volksztg. erfährt, iſt der Parteitag der U. S. P. um eine Woche verſchoben worden. Die Tagung dürfte vorausſichtlich am 23. November beginnen, wenn bis dahin der Reiſeverkehr einigermaßen funktioniert.

Der ſozialiſtiſche „Daily Herald" will aus zuverläſſiger Quelle erfahren haben, daß die britiſche Regierung geneigt ſei, an einer Konferenz mit Vertretern der ruſſiſchen Regierung in einem neutralen Lande teilzunehmen.

Laut Nachrichten aus bolſchewiſtiſcher Quelle wurden in Moskau 19 Vertreter von Konſumgeſellſchaften erſchoſſen und etwa 100 feſtgenommen.

In Wien iſt plötzlich der Vizedirektor der öſterreichiſch-ungariſchen Bank und ehemaliger Finanzminiſter Ferdinand Wimmer geſtorben.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes

der Stadt Kamen.

Die Nährmittelſcheine für Kriegsbeſchädigte können am Sonnabend, den 8. ds. Mts., vormittags, auf dem Lebensmittelamt — Markt 4, Zimmer 1 — in Empfang genommen werden.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieſer Rubrik werden Zuſchriften von allgemeinem Intereſſe aufgenommen, auch ſolche, mit deren Inhalt die Redaktion dieſes Blattes nicht einverſtanden iſt.)

(Eingeſandt.)

Overberge, 7. Nov. (Wie wir Kriegerwitwen bedacht werden!) Weihnachten naht! Aber es iſt noch nichts erwähnt worden, ob wir Krieger-Witwen wohl eine Weihnachtszulage bekommen werden. Es iſt ja einfach unerhört, daß wir mit unſeren Paar Pfennigen auskommen ſollen. Es iſt ja ſchrecklich, wenn man hört, daß die Bergleute 600—700 Mk. verdienen, und wir haben unſere Männer zwecklos hingeben müſſen. Wenn wir ſie noch beſäßen, dann hätten wir jetzt auch das Einkommen und könnten uns kaufen, was wir nötig haben. Wie ſollen wir uns einrichten, damit unſere Kinder nicht nackend umherlaufen und ohne Schuhe oder Holzſchuhe gehen laſſen. Mit Weinen kommen unſere armen Mädchen zu uns: Mutter, ich möchte doch einmal ſo gerne eine neue Schürze haben, andere Kinder, die noch einen Vater haben, haben immer neues Zeug an. Dieſe armen Kinder ſind ja zu bedauern. Aber alles wird immer teurer, und alle bekommen Zulagen. Und an uns wird niemals gedacht. Was kann man zu dieſer Zeit mit 200 Mk. anfangen in einem Monat mit 4 und 5 Kindern. Aber das iſt jetzt alles der Dank für uns, daß wir unſere Männer hingaben. Stellen wir mal einen Antrag, der wird uns abgelehnt. Dann wird geglaubt, wir haben es nicht nötig. Aber die das Geld haben, die denken wenig an die Armen, die garnichts haben.

Krieger-Witwen aus Overberge.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 7. Nov. Der Knappenverein „Gute Hoffnung" veranſtaltet am Sonntag, den 9. November im großen Saale des Herrn Heinrich Nagel, Weſtentor, einen Theaterabend mit Ball. Als Hauptſtück wird das Schauſpiel in 5 Akten mit Geſang „Leonore, die Grabesbraut", aufgeführt. Reich an Inhalt, ſpannend von Anfang bis Ende, ſo lautete das Urteil überall dort, wo dieſes Schauſpiel gegeben worden iſt. Damit auch der humoriſtiſche Teil zur Geltung kommt, wird der tolle Schwank „Heimlichkeiten" oder „Die Amorſäle" zur Aufführung gebracht. Der Verein hat keine Mühe und Koſten geſcheut, um den Beſuchern recht angenehme und genußreiche Stunden zu bereiten und können wir den Beſuch dieſer Veranſtaltung, zumal der Eintrittspreis mäßig gehalten iſt (im Vorverkauf 1,25 Mk., an der Kaſſe 1,50 Mk.), empfehlen. Kaſſenöffnung 5 Uhr, Anfang Punkt 6 Uhr. Im übrigen verweiſen wir auf die in dieſer Zeitung erſcheinende Anzeige.

Overberge, 7. Nov. Der Reichsbund der Kriegsbeſchädigten und Kriegshinterbliebenen veranſtaltet am Sonntag, den 16. November ein Wohltätigkeitsfeſt. Da der Reinertrag für gute Zwecke beſtimmt iſt, wird der Beſuch der Veranſtaltung den Einwohnern ſehr empfohlen. Wir weiſen daher ſchon jetzt auf die Feier hin.

Weddinghofen, 7. Nov. Der Junggeſellen-Klub „Gemütlichkeit" hielt am vergangenen Sonntag eine Generalverſammlung ab. Außer Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder wurde beſchloſſen, der Gemeinde Weddinghofen 100 Mk. zugunſten der heimkehrenden Kriegsgefangenen zu überweiſen. Nachdem noch verſchiedene Punkte erledigt waren, wurde die Verſammlung mit einem fröhlichen „Jung Heil" geſchloſſen.

Konzert, Theater ꝛc.

Kamen, 7. Nov. (Theater im Schützenhof.) Das Stadttheater Unna gibt am Freitag abend im Schützenhof „Die Dollarprinzeſſin" die Operette, welche trotz ihrer unzähligen Aufführungen ihre Anziehungskraft bisher nicht verlor. — Am Sonntag wird der Schwank „Tante Jutta aus Kalkutta" zur Aufführung kommen. Herr Direktor Benner gibt die Hauptrolle. Wer einmal gründlich lachen will, der beſuche dieſe Vorſtellung.

Rünthe, 7. Nov. (Großes Konzert.) Die Sänger-Vereinigung Kamen, welche ſich trotz ihrer „Jugend" bereits einen guten Namen bei dem geſangliebenden Publikum ſicherte und bei dem letzten Konzert im Schützenhof in Kamen einen durchſchlagenden Erfolg erzielte, veranſtaltet am Sonntag, den 14. Dezember im Saale Fiſcher in Rünthe ein großes Konzert, zu dem die Sopraniſtin Emmi Finger aus Dortmund, der Geiger Carl Höper aus Lüdenſcheid als Mitwirkende verpflichtet wurden. Außerdem wirkt Herr Rudolf Schneidersmann, Kamen (Klavier) mit, welcher auch die Begleitung der Geſangsſoliſten übernommen hat. Wir weiſen ſchon jetzt auf das Konzert hin.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

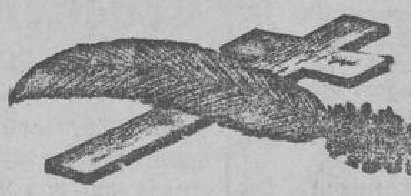
Sonntag, 9. Nov. Pauluskirche. 9 Uhr: Paſtor Gieſeking. 11¼ Uhr: Kindergottesdienſt, Paſtor Ewald. — Lutherkirche 10 Uhr: Paſtor Kochs. — Kapelle in Lerche 9½ Uhr: Paſtor Ewald. Kirchentaufen Sonntag um 3 Uhr und Dienstag um 4¼ Uhr in der Lutherkirche, Paſtor Kochs.

Ev. Gemeinde Bergkamen-Nordberg.

Sonntag, 9. Nov. 9¾ Uhr: Gottesdienſt. 10¾ Uhr: Kirchentaufen. 11¼ Uhr: Kindergottesdienſt. 6 Uhr: Jugendverein. Donnerstag Bibelſtunde.

Gottesdienſtordnung der ev. Gemeinde Rünthe.

Sonntag, 9. Nov. Rünthe. 9½ Uhr: Gottesdienſt, Paſtor Goßlich. 10½ Uhr: Kindergottesdienſt. 11 Uhr: Taufen. — Werne. 10 Uhr: Gottesdienſt, Paſtor Werner. 11 Uhr: Kindergottesdienſt. 11½ Uhr: Taufen. Mittwoch, 12. Novbr., nachmittags 3 Uhr: Verſammlung des Frauenvereins Rünthe.



Weinet nicht an meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denkt; was ich gelitten habe,
Eh' ich schloß die Augen zu.

Dem Herrn über Leben und Tot hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 3 Uhr unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Groß-, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ww. Jakob Dickhaut

Anna geb. **Weckmann**

zu sich in sein Himmelreich zu nehmen.

Sie entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im Alter von 67 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, Altenbögge, Ostenfeldmark bei Kamen, München, Bergkamen, den 5. November 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Hammerstrasse 106, aus statt. — Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 4393

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unserer lieben Hanna erwiesene Teilnahme sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. 4413

Familie L. von der Heide.

Kamen, im November 1919.

Grabdenkmäler u. Grabeinfassungen
in allen Ausführungen
liefert 3174
Firma **Anton Wallmeier,**
Kamen, Nordenmauer 47.

Kohlenfuhren

und andere leichte Fuhren **übernimmt**

Theodor Becker
Bergkamen, Bambergſtraße 34.

In Kamen nimmt Beſtellungen und Kohlenſcheine für mich an

Johann Josephs
Weſtſtraße 85.

4337

Kenner!

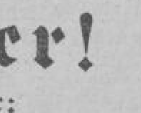
trinken nur:

Krämers Baas
(alter Korn),
Krämers Bittern
(Edel-Likör, gnt. „Auguſt mit dem Schlips", Friedensware),
Krämers Kognak

43.6 aus der bekannten
Brennerei Auguſt Krämer-Dortmund.
Niederlage und Vertreter
Herm. Timmering.
An Wirte gebe jedes Quantum ab.

Geld
gegen monatliche Rückzahlung verleiht 121
R. Calderarow,
Hamburg 5.

Tante Jutta aus Kalkutta!



Kaufe Milch- und Schlachtziegen
zu den höchſten Tagespreiſen. 4407
Frau Elfriede Hüffmeier,
Breiten 106a.

Wer kommt?

Ein gutes 4411
Bandoneon
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geſchäftsſtelle der Kamener Zeitung.

Kinder-Sitzliegewagen
mit Gummirädern abzugeben 4410
Lieke, Südkamen,
Unnaerſtraße 37.

Der Zirkus kommt

zwar nicht, aber intereſſante Stunden verleben Sie bei der Lektüre unſerer Bücher

Senſationelle Aufſehen erregende Enthüllungen!

Intereſſante Proſpekte koſtenlos gegen Rückporto. Beſtellen Sie ſofort bei: 4399

Scheinwerfer Buchverſand, Dortmund, Rheiniſcheſtraße.

Bekanntmachung

betreffend Einkauf von Flachs aller Arten.

Auf Vorſchlag der deutſchen Flachsbau-Geſellſchaft m. b. H., Berlin W 56, Markgrafenſtraße 36, ſind vom Baſtfaſer-Hauptausſchuß, Berlin, die nachgenannten Perſonen zu amtlichen Aufkäufern der vorhandenen Flachsbeſtände ernannt. Sämtlicher Flachs iſt beſchlagnahmt und darf nur an die nachbenannten Aufkäufer abgegeben werden.

Die Herren Guts- und Gemeindevorſteher werden erſucht, die Namen der Flachsaufkäufer am zweckmäßigſten durch Aushang im Gemeinde-Aushangkaſten ſchnellmöglichſt bekannt zu machen und für weitere Bekanntgabe zu ſorgen.

Den Flachsanbauern des Jahres 1919 werden auf beſonderen Antrag nach Ablieferung ihres Flachſes und Ausfüllung eines Lieferſcheines Flachs-, Webwaren, Säcke, ſowie Zwirn zurückgeliefert, worüber das Nähere von den Aufkäufern oder der Deutſchen Flachsbaugeſellſchaft zu erfahren iſt. Ferner wird darauf hingewieſen, daß die Deutſche Flachsbaugeſellſchaft ſich veranlaßt ſieht, im Frühjahr 1920 nur denjenigen Landwirten Leinſamen für Saatzwecke zu verabfolgen, die im Jahre 1919 entweder überhaupt keinen Flachs angebaut oder aber im Jahre 1920 eine weſentlich größere Fläche anbauen wollen, oder eine entſprechende Menge ſelbſtgeernteter Leinſaat vorher abgeliefert haben. Die Flachsanbauer werden daher gebeten, ſich aus der eigenen Leinſamenernte eine genügend große Leinſamenmenge für die nächſtjährige Ausſaat zu ſichern.

Flachseinkäufer im hieſigen Kreiſe ſind:

Für Strohflachs: Herr Heinrich Kleegraf aus Horn, Kreis Lippſtadt i. W., für die Röſtanſtalt: Hermann Windel in Windelsbleiche bei Bielefeld.

Für Röſtflachs: Guſtav Kruſe, Wilhelm Strathmann und Wilhelm Pankoke, ſämtlich in Winkelshütten bei Borgholzhauſen i. W.; für die Ausarbeitungsanſtalt: Guſtav Kruſe in Winkelshütten bei Bielefeld. Für ausgearbeitete Flächſe und Werg: Siehe Röſtflachs.

Hamm (Weſtf.), den 28. Oktober 1919.

Der Vorſitzende des Kreisausſchuſſes:
J. A.: gez. v. Winterfeld.

Veröffentlicht!
Kamen, den 4. November 1919.
Die Ortsbehörde: gez. Dr. Wiesner.

Evangeliſche Gemeinde Kamen

Lutherfeier.

Sonntag, den 9. November, nachmittags 4 Uhr, im Gemeindehauſe Kloſterſtraße

Hauptvortrag: Paſtor Philipps.

„Luther, ein Vorbild für unſere Zeit in Glaube und Gebet"

Ferner **Gedichtvorträge** der Jugendvereine, **Chorgeſänge** des Kirchenchors, **Sologeſänge** von Fräulein Lotte Jacoby.

Schlußwort: Paſtor Ewald.

4405 Es ladet herzlich ein:

Das Presbyterium.

Schützenhof Kamen.
Freitag, den 7. November, abends 8 Uhr:
Gastspiel des Stadttheaters Unna.

Die Dollarprinzessin
Operette in 3 Akten.
Vorverkauf im Schützenhof und im Verkehrsbüro (Buchhandlung Holtmann.) 4373

Auf zum Weſtentor!

Sonntag, den 9. November, feiert der Knappenverein „Gute Hoffnung" ſeinen

Theaterabend

beim Wirt Herrn Heinrich Nagel, Weſtentor.

Es gelangen zur Aufführung:

I. **„Leonore, die Grabesbraut"**
Schauſpiel in 5 Akten.
II. **„Heimlichkeiten"**
oder: Die Amorfälle. 2 Akte.

Anſchließend:

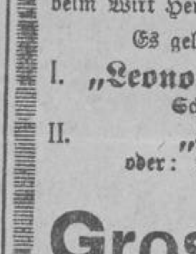
Grosser Ball!

Karten im Vorverkauf ſind zu haben beim Vereinswirt W. Kümper, Bahnhofſtr., Nagel, Weſtentor, in den Zigarrengeſchäften Gorts und Lander und bei den Mitgliedern.

Kaſſenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Karten im Vorverkauf **1.25 Mk.,** an der Kaſſe **1.50 Mk.** 4408

Frohe und genußreiche Stunden verheißend ladet ergebenſt ein **Der Vorstand.**



Geschäfts-Empfehlung

Aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, bringe ich meine

Konditorei, Cafè und Bäckerei

in empfehlende Erinnerung.

Hochachtend
Jul. Rumpff,
Kamen, Weststraße 45a.

Perſonenſtands-Aufnahme.

Da nunmehr durch Erlaß des Herrn Reichsminiſters der Finanzen die Aufnahme des Perſonenſtandes angeordnet iſt, wird ſie **am Montag, den 10. ds. Mts.** in der in unſerer Bekanntmachung vom 8. vor. Monats bezeichneten Weiſe durch die Polizei-Wachtmeiſter ſtattfinden.

Wir bitten, die Liſten möglichſt ſofort ſorgfältig und vollſtändig auszufüllen und ſie zur Abholung bereitzulegen, gegebenenfalls bei einem Mitbewohner, damit die Einziehung nicht verzögert wird und den Polizei-Wachtmeiſtern vergebliche Wege erſpart bleiben. 4406

Kamen, den 6. November 1919.

Der Magiſtrat: Dr. Wiesner

Reparaturen an 3892
Nähmaſchinen, Fahrräder, Dezimal- und Tafelwaagen
werden ſachgemäß und billig ausgeführt von
Albert Karrenberg,
Weſtſtraße 75. Tel. 138.

Gebrauchte, wenn auch durchgebrannte 4343
Herde
zu kaufen geſucht.
Angebote
Schäfer,
Nordenmauer 10, 2. Et.

Eine Kuh
zu verkaufen
Wo ſagt die Geſchäftsſtelle. 4398

Eine Ziege
zu verkaufen. 4395
Höcterſtraße 6.
Schönhauſen.

Suche einen
Militär-Mantel
zu kaufen. 4377
Edwin Krauſe,
Altenmethler.

Empfehle mich zum
Waſchen u. Bügeln
für **Stärke- und Leibwäſche.** 4363
Luise Hüser,
Oſtenmauer Nr. 57.

Keine körperliche Unterſuchung!

Drüſen, Rheumatismus, Gicht, Haut- und Harnleiden, Nervenſchwäche, Würmer, Bettnäſſe, Frauenleiden, Krankheiten der Verdauungs- und Atmungs-Organe
behandelt auch in den älteſten Fällen
R. Kley, Privatgelehrter,
Kamen, Weſtſtraße 47a.
Sprechſtunden:
4384
Jeden Montag von 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung."

Baß
fortzugshalber zu verkaufen. 4375
Bergkamen-Schönhauſen,
Ruſſellſtraße 3.

Tante Jutta aus Kalkutta!

Wer kommt?

Tanz-Schule Lerche.

Sonntag, den 9 November, im Kettmann'ſchen Saale:

Nachfeier

Beginn: Kinder 3 Uhr
Erwachſene 7 Uhr.

C. Büſcher u. Sohn.

Wir ſuchen
für den proviſionsweiſen Verkauf unſerer preisgekrönten Qualitätsmarke **Zahnpaſta Precioſa** und ſonſtigen Ia. Erzeugniſſen der Toiletten-Chemie einen rührigen, bei Drogiſten, Apotheken, Friſeuren, Parfümerien usw. gut eingeführten 4358
Platz-Vertreter.
Ruhrtal. Verbandſtof.-Fabr. G.m.b.H. abt. [illegible]
Wengern—Ruhr.

Suche zum 1. Mai ein ordentliches 4376
Mädchen,
welches melken kann, und einen
Knecht,
welcher landwirtſchaftliche Arbeiten verſteht.
Frau Brüggemann
Südkamen.

Für ſofort tüchtiges
Mädchen
für Haushalt u. Küche nicht unter 20 Jahren geſucht. 4380
Näheres in der Geſchſt.

Für ſofort oder ſpäter ein ordentl. fleißiges
Mädchen
geſucht, dasſelbe muß melken können. 438[illegible]
Zu erfragen in der Geſchäftsſtelle der Ztg.

Ein braves
Mädchen
für kleinen Haushalt geſucht. 4404
Zu erfr. in d. Geſchſt.

Junger Mann
ſucht Stellung
als Kraftfahrer und Monteur. 4412
Zu erfragen in der Geſchäftsſt. d. Kamener Zeitung.

Anzeigen aller Art
inſeriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.